

Soldat bei einer Demonstration gegen die Regierung in Sanaa



YAHYA ARHAB / DPA

JEMEN

Verlorene Glaubwürdigkeit

Scheich Hussein Bin Abdullah al-Ahmar, 35, Oppositionsführer im Jemen und Vorsitzender des Nationalen Solidaritätsrates, über Präsident Salih

SPIEGEL: Schwächt die unerwartete Rückkehr von Staatspräsident Ali Abdullah Salih aus Saudi-Arabien die Opposition?

Ahmar: Im Gegenteil, die Kräfte der Opposition, immerhin über 80 Prozent der Bevölkerung, treten heute geschlossener auf denn je. Salih hat Angst, dass ihm die Felle davonschwimmen, er glaubt, den Machtpoker in Sanaa wieder in seinem Sinne beeinflussen zu können. Aber der Einsatz von

Panzern und Scharfschützen lässt jetzt die letzten Zauderer an ihm zweifeln.

SPIEGEL: Das Fernsehen zeigt aber immer noch Massenkundgebungen von Salih-Anhängern.

Ahmar: Wenn wir einen freien Volksentscheid abhalten könnten, wäre der Mann mitsamt seinem Gefolge schon längst weg vom Fenster.

SPIEGEL: Und die Stämme? Auf die meisten konnte sich der Präsident doch fast immer verlassen.

Ahmar: Heute hat er es sich mit allen verscherzt. Er hat an Glaubwürdigkeit verloren. Er zahlt keine Bestechungsgelder mehr und hat kein Langzeitkonzept. Jeden Tag laufen zahlreiche Armeeoffiziere zu den Truppen der Opposition über.

SPIEGEL: Warum ließ Saudi-Arabien ihn überhaupt ausreisen?

Ahmar: Er ist immer noch Staatspräsident, die Saudis wahren die Form und internationales Recht. Aber seine Freunde sind sie längst nicht mehr.

ISRAEL

Kalkulierte Provokation

Ofra ist ein Ort, der nicht existieren dürfte. In der nördlich von Ramallah gelegenen israelischen Siedlung gibt es neun Schulen, drei Synagogen, zwei Büchereien und einen Friedhof. Dabei ist Ofra überwiegend auf Land erbaut, das nachweislich Palästinensern gehört. Israel bereitet nun die nachträgliche Anerkennung eines Teils der Häuser vor. Ähnliches geschieht zurzeit in den zwei – auch nach israelischem Recht – illegalen Außenposten Harisch und Hajovel: Das Gebiet, auf dem sie liegen, wurde vor kurzem zu Staatsland erklärt. Es ist der erste Schritt einer Legalisierung, an deren Ende wieder eine neue Siedlung stehen könnte. Dabei hatte Israel sich mit

dem Friedensprozess Anfang der neunziger Jahre verpflichtet, keine neuen Siedlungen zu bauen. Stattdessen entstanden Außenposten, illegal, aber oft

mit staatlicher Unterstützung. „Die Regierung versucht derzeit, so viele Siedlungen und Außenposten wie möglich zu legalisieren“, sagt der Siedlungsexperte Dror Etkes. Auch in Jerusalem wurden vergangenen Dienstag 1100 neue Wohnungen in Gillo bei Betlehem genehmigt, auf Land, das nach 1967 von Israel annektiert und der Stadt einverleibt worden war. Der israelische Premier Benjamin Netanjahu sagte zum Gillo-Projekt: „Wir planen in Jerusalem. Wir bauen in Jeru-

salem. Punkt.“ Eine kalkulierte Provokation, denn die Palästinenserführung diskutiert derzeit, ob sie auf den Verhandlungsplan des Nahostquartetts ein-

gehen will, der neue Gespräche innerhalb eines Monats und ein Abkommen bis Ende 2012 vorsieht. Die israelische Ankündigung dürfte dazu führen, dass Präsident Mahmud Abbas nun erst recht an seiner bisherigen Forderung festhalten wird, dass Israel zunächst den Siedlungsbau stoppen muss – wogegen sich Netanjahu ausgesprochen hat. Damit ist der Friedensprozess wieder dort angelangt, wo er schon vor der Uno-Initiative war: in einer Sackgasse.

6,897

Milliarden Dollar

betragen die Kosten der israelischen Besatzung für Palästina 2010, schätzt das Wirtschaftsministerium in Ramallah. Das entspricht 84,9 Prozent des palästinensischen Bruttoinlandsprodukts im vergangenen Jahr.